



Finanzkraft der Kommunen nachhaltig stärken – Finanzausgleich anpassen.

Wir wollen erreichen, dass die brandenburgischen Kommunen einen größeren eigenen Gestaltungsspielraum erhalten. Es ist völlig fern jeder Lebenswirklichkeit, dass Kommunen z.B. für einen Schulneubau auf sechs Förderprogramme der öffentlichen Hand aus Land und Bund mit Beantragung, Dokumentation und Schlussabrechnung angewiesen sind, um diese kommunale Aufgabe überhaupt durchführen zu können. Das bindet vor Ort Ressourcen in der Verwaltung, die nicht leistbar sind. **Wir fordern:**

- ▶ Verbundquote im brandenburgischen Finanzausgleich deutlich erhöhen.
- ▶ Schlüsselzuweisungen im brandenburgischen Finanzausgleich nachhaltig und auskömmlich erhöhen, sodass es keine öffentlichen Förderprogramme des Landes braucht, um Investitionen vor Ort finanzieren zu können.

Hier geht's zum Antrag
(Drucksache 7/990):



FÜR SIE IM ARBEITSKREIS FINANZEN:

Andreas Galau
Daniel Münschke
Kathi Muxel
Marianne Spring-
Räumschüssel
Felix Teichner
(v.l.n.r.)



Dafür setzen wir uns für Sie im Landtag Brandenburg ein:

- ✔ Finanzen des Landes Brandenburg sinnvoll im Interesse der Bürger und Unternehmen einsetzen!
- ✔ Kommunen angemessen, auskömmlich und nachhaltig mit finanziellen Mitteln ausstatten!
- ✔ Steuerliche Rahmenbedingungen für Unternehmen schaffen, die ein erfolgreiches Investieren und Arbeiten erlauben!

So! geht Demokratie.



Herausgeber:
AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon:
0331/ 966 1806
E-Mail:
info@afd-fraktion.brandenburg.de

Diese Publikation darf nicht für Partei- oder Wahlkampfw Zwecke verwendet werden.
Erstellungsdatum: April 2023

DIE AFD-FRAKTION INFORMIERT



So! geht haushalten.

Wir achten auf Ihr Steuergeld und setzen uns dafür ein, dass es in Brandenburg richtig ausgegeben wird.

So! geht Demokratie.



Für Transparenz bei den Finanzen und im Landeshaushalt sorgen!

Wir treten im Arbeitskreis Finanzen dafür an, zwischen Zahlen und Inhalten zu vermitteln. Wir erklären die Besonderheiten der Aufstellung des Landeshaushalts und kämpfen dafür, dass unsere politischen Ziele dort entsprechend abgebildet und finanziert werden. Insbesondere setzen wir uns dafür ein, dass die Kommunen in unserem Land die finanziellen Mittel erhalten, die sie brauchen, um vor Ort selbstbestimmt gestalten zu können. Unser Ziel ist es, die Interessen von Land, Kreisen und Kommunen, aber auch der Brandenburger Bürger sowie der Unternehmen zu berücksichtigen und sicherzustellen, dass die finanziellen Mittel des Landes Brandenburg sinnvoll im Interesse und zum Nutzen aller eingesetzt werden.

Marianne Spring-Räumschüssel

VORSITZENDE
DES ARBEITSKREISES FINANZEN
DER AFD-FRAKTION BRANDENBURG



STEUERGELDVERSCHWENDUNG

Unsinnige Geldausgaben durch die öffentliche Verwaltung stoppen.

Das jährliche Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler wie auch viele Rechnungshofberichte zeichnen ein Bild von zahllosen, unsinnigen Geldausgaben durch die öffentliche Verwaltung. Die dafür verantwortlichen Amtsträger wurden und werden jedoch nicht zur Verantwortung gezogen. Diese gewaltigen Summen sind der Gemeinschaft dauerhaft und endgültig entzogen, was unterbunden werden muss. **Wir fordern:**

- ▶ Schaffung eines strafrechtlichen Spezialtatbestands, der Sanktionierungen von Verschwendung öffentlicher Mittel ermöglicht.
- ▶ Schaffung eines Ordnungswidrigkeiten-Tatbestands, mit dem die Verletzung haushaltsrechtlicher Vergabevorschriften, insbesondere die Verletzung von Ausschreibungspflichten, geahndet werden kann.

[Hier geht's zum Antrag \(Drucksache 7/4246\):](#)



Grunderwerbsteuer für die erste eigene Immobilie abschaffen.

Deutschland hat von allen Ländern der EU mit 46,5 Prozent die niedrigste Wohneigentumsquote. Mit 47,8 Prozent lag dieser Anteil in Brandenburg nur knapp darüber (Stand 2018).

Die Landesregierung von Brandenburg hat den Steuersatz für die Grunderwerbsteuer zuletzt im Jahr 2015 von fünf auf 6,5 Prozent angehoben. Damit liegt Brandenburg im Ländervergleich ganz vorn! Das führt zu der unsozialen Auswirkung, dass es für Familien mit Kindern bzw. mit Kinderwunsch in Brandenburg immer schwerer wird, Wohneigentum zu erwerben. **Wir fordern:**

- ▶ Prozentsatz der Grunderwerbsteuer umgehend auf 3,5 Prozent absenken.
- ▶ Grunderwerbsteuer für den erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums komplett abschaffen.

[Hier geht's zum Antrag \(Drucksache 7/5678\):](#)

